

Gaskraftwerk vor der ersten großen Hürde

Anhörungsverfahren im Stadtsaal – Kritik an getrennter Behandlung von Kraftwerk und Stromleitung – Protestaktion

Von Alexandra Königseder

Burghausen/Haiming. Ein halb gefüllter Stadtsaal, leere Ränge bei den Antragstellern und immer noch eine Menge Klärungsbedarf: So lässt sich die Anhörung am Mittwoch knapp beschreiben. Die Regierung von Oberbayern hat vier Sachverständige in die Salzachstadt entsandt, um sich vor Ort ein genaueres Bild von den Einwendungen gegen das geplante Gas-Kombi-Kraftwerk der OMV zu machen. Dabei stellten Timm Guggenberger, Peter Bernhard, Christian Graf und Manfred Grüntaler – allesamt Experten im Bereich Umweltschutz, Immissionen und Emissionen – gleich zu Beginn klar, dass ausschließlich das Kraftwerk und nicht die mögliche Stromtrasse erörtert wird.

Eben dieser Punkt sorgte beim Bund Naturschutz (BN) sowie im Publikum für Proteste. Ottfried Löcher und Gerhard Merches vom BN waren als Antragsteller gekommen. „Ich verstehe nicht, warum die beiden Verfahren von Kraftwerk und Trasse nicht zeitgleich verhandelt werden können“, so Ottfried Löcher. Der BN hatte bereits schriftlich einen Antrag hierzu eingereicht.

Für Johann Feirer, Gemeinderat in Kirchdorf am Inn, hat dies nichts mehr mit dem „gesunden Menschenverstand“ zu tun: „Es ist eine Frechheit, dass die Verfahren getrennt behandelt werden, weil beides zusammen gehört.“ Heinz Besier, Bürgerinitiative Lebenswerter Niedergern: „Die Leitung und das Kraftwerk würden schließlich später auch zusammen auf uns einwirken und nicht getrennt.“ Die Verfahren zusammen zu legen sei im Interesse aller Anlieger von Burghausen bis Simbach, führte Besier weiter aus.

Regierungsvertreter Guggenberger machte deutlich, dass die Anträge zwar aufgenommen würden, eine Zusammenlegung aber im Grunde nicht realistisch



Live vom Acker: Manches im Schilderwald der Kraftwerksgegner grenzte durchaus an Geschmacklosigkeit! – Foto: Willmerdinger



Die Regierungsvertreter von Oberbayern: (v.l.) Peter Bernhard, Christian Graf, Timm Guggenberger und Manfred Grüntaler. Sie werden nach dem 28. Februar eine Entscheidung treffen. – Foto: Königseder

sei. Das Recht würde hier eben zwischen Stromerzeugung und Ableitung klar unterscheiden. Da die Leitung nicht zur Erzeugung der Energie benötigt wird, spielt sie zunächst im Genehmigungsverfahren keine Rolle, wie Guggenberger mitteilt. Evelyn Sommer, Gemeinderätin in Haiming, machte hierzu ihre Beden-

ken deutlich: „Sollte das Kraftwerk erst genehmigt werden, befürchte ich, dass die OMV eine Trasse erzwingen wird und zwar nicht zu unseren Gunsten.“

In Sachen Standortfrage legte ebenfalls der BN Einspruch ein und forderte erneut die Prüfung bezüglich der Standortsicherung. Projektleiter, Jani Kerä-

nen, nahm selbst Stellung dazu: „Der wesentliche Punkt ist, dass es Verbraucher in der Region gibt. Es ist Bedarf für die Beantragte Größenordnung da. Außerdem ist die Gasversorgung am Standort gegeben und auch das Kühlwasser vorhanden.“

Bezüglich der Gebäudehöhe, die im Bebauungsplan mit 30

Metern festgesetzt ist und auf 39 Meter ausgeweitet werden müsste, sagte Haimings Bürgermeister Alois Straubinger: „Wir wollten die Höhe noch ändern, aber jetzt haben wir den Bürgerentscheid und können im Moment nicht eingreifen.“

Im Weiteren wurden Einwände und Argumente ausführlich dargelegt und diskutiert. Es waren Sachverständige der OMV anwesend, ebenso wie eine Vielzahl von unabhängigen Gutachtern, Wissenschaftlern und behördlichen Vertretern. Thematisch wurde außerdem Folgendes besprochen: Immission (Lärm und Gesundheit), Emission (Kamin, Kühlturm), Klima (Wetterstation Flugplatz Mühlendorf), Energieeffizienz, Naturschutz (Boden und Landwirtschaft), Betriebsstörungen und Gewässer (Kühlwasser). Die Regierungsvertreter haben das Vorgetragene aufgenommen und zugesichert es in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Die OMV wurde hinsichtlich einzelner Punkte bei den Emissionen und Immissionen gebeten konkrete Zahlen vorzulegen, die bislang als „marginal“ angegeben waren.

Im Laufe des Nachmittags lichtete sich das Zuschauerfeld und auch einige Antragsteller hatten es eilig in den Unteren Soldatenmais zu kommen, wo der BR bereits den ganzen Tag Vorkehrungen für die abendliche Direkt-Übertragung traf. Ab 17 Uhr fanden sich Zuschauer und Mitwirkende ein. Bei eisigen Temperaturen harrten sowohl Gegner als auch Befürworter knapp zwei Stunden aus, gaben Interviews und zeigten ihre Transparente und Schilder in die Kameras. Darunter war der Schlachtruf: „Ich will nicht an Leukämie sterben“, der einem sechsjährigen Mädchen vor laufender Kamera in den Mund gelegt wurde. Letztlich hat BR-Moderatorin Nicole Remann recht, die bei ihrer Abmoderation sagte: „Es kommt jetzt auf den 28. Februar an.“